



Niederelbe-Zeitung

CUXHAVENER ALLGEMEINE

SALMAN RUSHDIE Schriftsteller verarbeitet Messerangriff auf ihn im neuen Buch „Knife“. ▶ Kultur, 23

Lokales

Vorbereiten auf Ganztagschule

Die Zeit der Dorfschulen ist endgültig vorbei. In der Börde Lamstedt müssen zwei Standorte aufgegeben werden. Grund: Die Ganztagschule. ▶ Seite 7

Lokales

Zahlreiche Interessierte

Der erste Fachtag „Hören und Sprachentwicklung“ stieß auf große Resonanz. Zahlreiche Eltern und Fachkräfte kamen ins Cuxhavener Kreishaus. ▶ Seite 9

Lokalsport

Höhepunkte im Strandstadion



Ende Mai startet die Beachsaison am Cuxhavener Strand. An fast jedem Wochenende finden im Sommer sportliche Wettkämpfe statt. ▶ Seite 21

Wetter

Unbeständig, aber auch Sonne

Mittwoch 8° Donnerstag 9° Freitag 9°

Tiefs sorgen weiterhin für wechselhaftes Wetter. ▶ Lokales

TV-Tipp

3sat-Doku: Die Welt der Amish



Die Aufnahmen muten teils an wie ein Film über vergangene Zeiten: Einblicke in die protestantische Glaubensgemeinschaft der Amish. ▶ 3sat, 21 Uhr

Niederelbe-Zeitung

Zentrale u. Ticket-Service: Tel.: 04751/901-0
Fax: 04751/901-149 · nez@nez.de
Leser-Service: Tel.: 04751/901-333
Fax: 04751/901-4100 · vertrieb@nez.de
Redaktion: Tel.: 04751/901-300
Fax: 04751/901-4111 · redaktion@nez.de
Anzeigen: Tel. 04751/901-110
Fax: 04751/901-4110 · anzeigen@nez.de



„King's Singers“ begeistern in Otterndorf

Das war ein Konzertabend der Extraklasse - quasi der Königsklasse: Die berühmten King's Singers aus England sorgten in der ausverkauften St.-Severi-Kirche in Otterndorf für Jubel und Begeisterung. Veranstalter war der Förderverein zum Erhalt der historischen Gloger Orgel.

wip/Foto: Kramp
▶ Lokales, 8

Bund soll für ÖPNV zahlen

40 bis 60 Milliarden Euro - Länder und Kommunen wollen mehr Geld für den Nahverkehr

VON HAGEN STRAUB, BÜRO BERLIN

Berlin. Geht es um die Finanzierung des ÖPNV, zeigen die Länder regelmäßig auf den Bund. Jetzt wieder, wie aus einer Beschlussvorlage für die Verkehrsministerkonferenz in Münster hervorgeht. Ohne mehr Mittel könnten die Bedarfe nicht gedeckt werden. Der Städtetag springt den Ländern bei.

Die Länder wollen den Bund bei der anstehenden Verkehrsministerkonferenz in Münster zur raschen Bereitstellung von mehr Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) drängen. Dies geht aus einem Beschlussvorschlag für das Treffen hervor, der unserer Redaktion vorliegt.

Darin heißt es, es bestehe laut einer vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenen Studie ein Finanzbedarf von

rund 40 Milliarden Euro für den ÖPNV bis 2031. „Schon auf Grundlage dieser Studie ist die kurzfristige Bereitstellung weiterer Regionalisierungsmittel zwingend erforderlich, um zumindest die Bestandsverkehre ab dem Jahr 2025 weiter finanzieren zu können“, so die Länder.

Gleichwohl würden in der Studie nur „die Mindestbedarfe“ über die erforderlichen Mittel beziffert. Die Länder regen daher an, ein weiteres Gutachten erstellen zu lassen, „weil nur auf diese Weise Konsens zum Finanzierungsbedarf erzielt werden kann“. Man bedauere, heißt es weiter in der Vorlage, dass der Bund sich bisher weder inhaltlich noch finanziell beteiligen wolle, und „das mit dem Gutachten verfolgte Ziel der Umsetzung der Verkehrswende damit nicht erreichbar ist“.

Der Städtetag springt den Ländern jetzt bei. Es sei ein leeres Versprechen, wenn der Bund den Ausbau mit modernen Bus-

sen und Bahnen und schnellere Takte ankündige, sich aber nicht langfristig finanziell beteiligen wolle, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe, unserer Redaktion. Der anvisierte Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV, der bei der Verkehrsministerkonferenz am Mittwoch und Donnerstag erneut beraten wird, stehe auf der Kippe. Lewe: „Damit es für die Menschen attraktiv ist, vom eigenen Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, braucht es auch bessere Verbindungen vom Umland in die Stadt sowie Rufverkehre für Randzeiten.“

Städtetag rechnet mit Kosten von bis zu 60 Milliarden Euro

Das alles sei nötig, um die Klimaziele bis 2030 erfüllen zu können und die Fahrgastzahlen zu verdoppeln. „Über diese Ausbauziele haben sich Bund, Länder und Kommunen längst geei-

nigt. Aber wie das umgesetzt und finanziert werden soll, darüber schweigt sich der Bund aus.“ Der Städtetag rechnet sogar mit Kosten bis zu 60 Milliarden Euro bis 2031.

Das Deutschlandticket - über dessen Zukunft bei der Konferenz ebenso beraten werden soll - helfe den Kommunen dabei wenig. „Mit dem Ticket fahren inzwischen zwar etliche zusätzliche Fahrgäste. Aber es landet kein Cent mehr in den Kassen der Verkehrsunternehmen für Betrieb und Qualität“, so Lewe. Auch sei mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln für den ÖPNV nicht einmal das derzeitige Niveau zu halten. „Wir können nicht ausschließen, dass einige Städte schon bald aus Finanznot ihre Fahrpläne ausdünnen müssen“, warnte der Präsident.

Bei dem Treffen der Ressortchefs wird es auch um das neue Klimaschutzgesetz der Ampel gehen. (mkr)

EU verlost Tickets Junge Menschen können kostenlos reisen

Brüssel. Jung, reisefreudig, europäisch? Junge Abenteuerinnen und Abenteuerer können sich wieder auf gratis EU-Tickets für Trips quer durch den Kontinent bewerben. Die EU-Kommission verschenkt im Rahmen des Reiseprogramms „DiscoverEU“ erneut Zehntausende Tickets. Insgesamt stünden 35.500 Tickets zur Verfügung, teilte die EU-Kommission am Dienstag in Brüssel mit. Um eines zu gewinnen, müssen junge Menschen, die zwischen dem 1. Juli 2005 und dem 30. Juni 2006 geboren sind, im Internet ein Quiz mit fünf Fragen über die EU sowie eine Zusatzfrage beantworten.

Mit dem Ticket können die Gewinnerinnen und Gewinner den Angaben zufolge zwischen dem 1. Juli 2024 und dem 30. September 2025 bis zu 30 Tage lang in Europa reisen. Bewerber müssen aus der EU sowie Island, Liechtenstein, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien oder der Türkei stammen. (dpa/mkr)

Zweifelhafte CO₂-Gutschriften

Correcity: Gasversorger haben bei klimafreundlichem Erdgas getäuscht

Essen/Berlin. Zahlreiche deutsche Gasversorger haben in den vergangenen Jahren einer Recherche des Netzwerks Correcity zufolge auf Maßnahmen zum Ausgleich klimaschädlicher Emissionen gesetzt, deren Wirksamkeit zweifelhaft sein soll. In Kooperation mit Experten prüfte der Rechercheverbund die CO₂-Gutschriften von 150 deutschen Gasversorgern und kommunalen Stadtwerken zwischen 2011 und 2024. Das Fazit: 116 Gasversorger hätten CO₂-Gutschriften aus Klimaschutzprojekten genutzt, die laut wissenschaftlicher Einschätzung nicht plausibel hätten nachweisen können, dass Emissionen tatsächlich ver-

ringert oder eingespart worden seien. Hunderttausende Kunden seien getäuscht worden, erklärte Correcity.

16 Millionen Gutschriften ausgewertet

Betroffen seien damit rund zwei Drittel von insgesamt 16 Millionen ausgewerteten Gutschriften aus diesem Zeitraum. Nach den Berechnungen von Correcity könnten somit über die Jahre insgesamt gut 10 Millionen Tonnen weniger CO₂-Emissionen ausgeglichen worden sein als von den Versorgern gegenüber Kunden behauptet. Zur Einordnung: 2023 wurden laut Umweltbundesamt in Deutschland

Treibhausgase freigesetzt, die der Menge von 674 Millionen Tonnen Kohlendioxid entsprechen.

Die Deutsche Umwelthilfe forderte im Zusammenhang mit der Correcity-Recherche 15 Gasversorger auf, ihre Werbung für klimaneutrales Erdgas zu beenden und entsprechende Unterlassungserklärungen zu unterzeichnen. Der Verband warf den Unternehmen Verbrauchertäuschung vor. Diese Versorger böten Tarife für den Bezug von vermeintlich klimaneutralem Ökogas an, dessen Emissionen durch Zahlungen an Klimaschutzprojekte ausgeglichen werden sollten. (dpa/mkr)



Riesenlatschen für Venezolaner

Er ist längst in Rente, aber Schuhmacher Georg Wessels (71) aus dem Münsterland hängt an seinen Schützlingen. Der Spezialist für Extrem-Größen fliegt am 18. April nach Venezuela und überreicht Jeison Rodriguez (28) drei neue Paar Schuhe. Der Mann mit den wohl größten Füßen der Welt wächst wegen einer Krankheit immer weiter. Die Schuhgröße des Venezolaners: knapp unter 70. Foto: Thissen/dpa